MEINUNG

Tageskommentar

Zeitung vom Montag erst am Mittwoch

Olivier Berger
über die neue Postverordnung

Der Bund schraubt wieder einmal am Angebot der Post herum. Neu sollen Briefe, Pakete und Co. nur noch an Haushalte zugestellt werden, die mindestens drei Nachbarhäuser haben. Die dann auch noch ganzjährig bewohnt sein müssen. Sonst gilt der Ort, wo diese Menschen leben, nicht als Siedlung und kann von der Post geflissentlich ignoriert werden. Man errät es schon: Von den neuesten Abbauplänen wäre Graubünden als Bergkanton überdurchschnittlich betroffen. Weil es in den urbanen Zentren des Mittellandes halt immer mindestens drei Nachbarhäuser gibt, in der Fraktion einer Bündner Berggemeinde aber oft nicht.

Immerhin bietet der Bund grosszügig Ersatzlösungen an. Die Betroffenen würden selbstverständlich weiterhin Post erhalten, heisst es beim Bundesamt für Kommunikation. Halt vielleicht nur noch zwei-, dreimal pro Woche. Oder sie könnten ihre Briefkästen in die nächstgrösseren Siedlungen verlegen. Letzteres heisst: Die Post will keine Umwege fahren, die Kunden sollen das tun. Und Ersteres würde dazu führen, dass die gedruckte Zeitung vom Montag erst am Mittwoch im Briefkasten läge, dann aber immerhin zusammen mit den Ausgaben vom Dienstag und Mittwoch. Und dass der A-Post-Brief mit dem dringenden Termin immerhin schon einen Tag nach dessen Ablauf eintreffen würde.

Die Bündner Regierung und andere Politikerinnen und Politiker aus dem Kanton wehren sich gegen die Idee der Post. Sie haben völlig recht damit und sollten noch lauter werden. Sonst wird ein Teil der Schweiz faktisch vom Postnetz abgehängt. Und wieso hier ausgerechnet das Berggebiet weniger Rechte haben soll als die urbane Schweiz, lässt sich mit nichts schlüssig begründen. **Bericht Seite 2**

@ Olivier Berger, stellvertretender Chefredaktor
olivier.berger@somedia.ch

Berner Politik

Die Schweiz muss sich stärker einbringen

Martin Candinas*
über die Rolle der Schweiz auf internationaler Ebene

In meiner Funktion als Mitglied der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nahm ich vergangene Woche an der 32. Jahrestagung in Porto teil. Es war eine eindrückliche Tagung – nicht nur wegen des gastfreundlichen Ambientes Portugals, sondern vor allem wegen der politischen Tiefe der Debatten. Die OSZE feiert dieses Jahr den 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki – jenes historischen Dokuments, das 1975 mitten im Kalten Krieg unterzeichnet wurde und seither als Meilenstein des friedlichen Zusammenlebens in Europa gilt. Es sind Prinzipien wie territoriale Integrität, Gewaltverzicht und Achtung der Menschenrechte, die damals gemeinsam bekräftigt wurden. Heute sind viele davon auf dramatische Weise bedroht.

Der Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine war omnipräsent – nicht nur in den Diskussionen, sondern auch in der Porto-Erklärung, die am Ende der Tagung verabschiedet wurde. Sie ruft dazu auf, die russische Aggression sofort zu beenden, das Völkerrecht zu respektieren und die verschleppten ukrainischen Kinder zurückzubringen. Als Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 57 Ländern haben wir damit ein starkes Signal gesendet: Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass das Recht des Stärkeren über das Völkerrecht triumphiert.

Auch andere Krisen standen auf der Agenda – die Lage im Nahen Osten, der Klimawandel als sicherheitspolitische Herausforderung, die zunehmende Bedrohung durch Desinformation sowie Künstliche Intelligenz und auch die Notwendigkeit, Minderheiten zu schützen. Die Spannweite war gross, doch der gemeinsame Nenner blieb klar: Sicherheit ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Es geht auch um Vertrauen, Zusammenarbeit und die Einhaltung von Regeln.

Gerade in diesen multilateralen Zusammenhängen zeigt sich, wie wichtig eine aktive Rolle der Schweiz ist. Unsere Delegation hat die Gelegenheit genutzt, die Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch die Schweiz im Jahr 2026 zu thematisieren. Sie hat betont, welche Ziele die OSZE in Zukunft verfolgen sollte: Die Rückbesinnung auf die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki, die Förderung des Dialogs und das Einfordern des Völkerrechts als Basis für einen dauerhaften Frieden in Europa.

Klare Worte hatten wir als Schweizer Delegation auch in Bezug auf den Nahen Osten. In den Debatten zur humanitären Lage in Gaza riefen wir zur konsequenten Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf. Dazu gehört nicht nur der Zugang zu humanitärer Hilfe, sondern auch der Zugang zu medizinischen Dienstleistungen. Meine Meinung dazu ist klar: Humanitäre Grundwerte sind nicht verhandelbar. Die Schweiz muss ihre Werte auf internationaler Ebene stärker einbringen – nicht besserwisserisch, sondern sachlich, glaubwürdig und auf Ausgleich bedacht. Unser Land steht für Neutralität – aber nicht für Gleichgültigkeit. Wenn Kinder verschleppt, Zivilisten bombardiert und Menschenrechte systematisch verletzt werden, braucht es eine Stimme, die Klartext redet – und gleichzeitig Türen offenhält.

Dass über 300 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus Nordamerika, Zentralasien, Europa und dem Kaukasus in Porto zusammengekommen sind, war an sich schon ein Zeichen: Dialog ist möglich, auch in schwierigen Zeiten. Und es lohnt sich mehr denn je, am Dialog festzuhalten. Die Schweiz muss ihren Beitrag dazu leisten – mit klarem Kompass, mit offenen Ohren und mit dem festen Willen und der Hoffnung, Frieden zu ermöglichen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, einen friedlichen Sommer.

* Martin Candinas ist Mitte-Nationalrat. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.

Des Rätsels Lösung

Der von uns gesuchte Turm gehört zum Renaissance Schloss Haldenstein. Dessen Geschichte hat ihren Ursprung in der Burg Haldenstein oberhalb des Dorfes. Im Jahr 1509 war der Besitzer der Burg und Herr von Rhäzüns, Conradin von Marmels, einer der mächtigsten Feudalherren Rätiens im ausgehenden Mittelalter. Heute sind im Schloss die Gemeindeverwaltung und der Archäologische Dienst untergebracht. Bild: Corinne Thöni

IMPRESSUM

Südostschweiz unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin Somedia Press AG
Verleger: Hanspeter Lebrument; CEO: Thomas Kundert
Chefredaktion,
Joachim Braun (Leiter Chefredaktion), Stefan Nägeli (Leiter Audio/Video), Nikola Nording (Chefredaktorin Online/Zeitung)
Kundenservice/Abo Somedia, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate Somedia Promotion AG
Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt): 59 785 Exemplare, davon verkaufte Auflage 54 939 Exemplare (WEMF / KS-beglaubigt 2024)
Reichweite 146 000 Leserinnen und Leser (MACH-Basic 2024-2)
Erscheint sechsmal wöchentlich

Adresse: Südostschweiz, Sommeraustrasse 32, 7007 Chur, Telefon 081 255 50 50
E-Mail: graubuenden@suedostschweiz.ch; kultur@suedostschweiz.ch; nachrichten@suedostschweiz.ch; sport@suedostschweiz.ch; forum@suedostschweiz.ch

Wir behalten uns alle Rechte vor. Dies gilt insbesondere für deren Speicherung, Bearbeitung, Verarbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung und gilt für Printprodukte, Webseiten, Soziale Medien, Training für maschinelles Lernen (AI) etc.. Um redaktionelle Texte, Bilder oder Fotos zu verwenden ist eine schriftliche Zustimmung der Geschäftsleitung erforderlich. Die Redaktion behält sich zudem das Recht vor, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder die Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung erforderlich (©Somedia AG, ©Somedia Press AG, ©Somedia Promotion AG).

Follow me

X-POST DES TAGES

«Bei der Berufswahl ist eigentlich nur wichtig, dass ihr nichts lernt, was eure Freunde und Verwandten privat gebrauchen können.»

@sleepystyvn

TOPSTORYS ONLINE

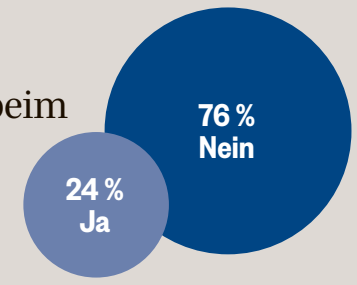
1 **«Hoffentlich kommt bald der Rutsch»:** Das sagt der Gemeindeführungsstab nach den Regentagen in Brienz/Brinzauls.

2 **Wintereinbruch im Juli:** Schnee auf Bündner Pässen – Nullgradgrenze halbiert.

3 **Warten auf den Konsumraum in Chur:** Noch steht der Entscheid des Kantons aus.

WIR HATTEN GEFRAGT

Nutzen Sie Twint beim täglichen Einkauf?



Stand: Vortag 18 Uhr
Stimmen: 729

FRAGE DES TAGES

Gehen Sie mit kurzen Hosen ins Büro?

Abstimmen auf **suedostschweiz.ch**. Haben auch Sie eine Frage? Senden Sie Ihren Vorschlag an **forum@suedostschweiz.ch**